



SPRACHFÄHIG

in der Flüchtlingsdebatte

Fakten und Argumente gegen rechte Parolen und Vorurteile

Torsten Jäger

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Diakonie 
Hessen



Initiativausschuss für
MIGRATIONSPOLITIK

 **STIFTUNG**
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

Einleitung	3	 Flüchtlinge in der EU 2015/2016	„Kommt einer, kommen alle!“ – Familiennachzug: Eher die Ausnahme als die Regel	36	
Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Debatte um die Aufnahme vom Flüchtlingen	4	Kaum noch Flüchtlinge über Griechenland	25	„Denen geht es besser als uns!“ – Gesetzliche Einschränkung des Existenzminimums	37
Der Stand der Dinge		Erhöhtes Todesrisiko bei der Flucht über das Mittelmeer	26	„Die nehmen uns die Arbeit weg!“ – Fehlendes „Erwerbspersonenpotential“	39
Gesellschaftliche Stimmung	15	Herkunftsländer der Mittelmeerflüchtlinge	27	„Die sind unqualifiziert!“ – Jung und ausbildungsfähig	41
Ehrenamtliches Engagement	18	„Die wollen alle zu uns!“ – Die müssen da weg!	28	„Die haben alle Smartphones!“ – (Fast) alle Flüchtlinge haben Smartphones	44
Daten und Fakten		 Flüchtlinge in Deutschland		„Die sind kriminell!“ – Keine signifikant höhere Kriminalitätsrate	45
 Flüchtlinge weltweit		Exkurs: Warum nicht „krisennah“?	30	„Die sind kriminell!“ – Angriffe gegen Flüchtlinge nehmen stark zu	46
Rekordjahr 2015: Mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht	21	Einreise von Flüchtlingen nach Deutschland	31	Impressum	47
„Die kommen alle zu uns!“ – 86 Prozent bleiben „krisennah“	22	„Wirtschaftsflüchtlinge!“ – Krieg und Verfolgung in den Herkunftsländern	32		
Exkurs: Der Sommer des Willkommens	24	„Die bekommen eh kein Asyl!“ – Hohe Anerkennungsquoten	34		
		„Das sind nur Männer!“ – Die Familien flüchten	35		

In ihrer über 100-seitigen Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Thema „Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im dritten Quartal 2016“ (BT-Drucksache 18/10213 vom 7. November 2016) listet die Bundesregierung für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2016 insgesamt

- > **813**
Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe gegen Asylunterkünfte;
- > **1803**
Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe gegen Asylbewerber und Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkünfte und
- > **142**
Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe gegen Hilfsorganisationen und ehrenamtliche/freiwillige Helfer/innen auf.

Zugleich weist das Bundeskriminalamt (BKA) in seinen „Kernaussagen“ zum „Lagebericht: Kriminalität im Kontext von Zuwanderung (Berichtszeitraum 1. Januar bis 30. Juni 2016)“ darauf hin, dass es sich bei einem Großteil der im 1. Halbjahr 2016 im Agitationsfeld „politisch motivierte Kriminalität – rechts“ begangenen Straftaten um Straftaten gegen Asylunterkünfte gehandelt hat:

„Insbesondere Brand- und Sprengstoffdelikte verursachten eine Gefährdung für Leib und Leben der Bewohner. Auch außerhalb von Unterkünften rückten und rücken Asylbewerber – bzw. von der rechten Szene als solche angesehene – verstärkt in den Zielfokus etwaiger Gewaltstraftaten.“

Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Zahlen wäre eigentlich eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Gefahren des Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt zu erwarten, die sich u.a. damit auseinandersetzt, inwieweit verbreitete rassistische Ressentiments und gängige rechtspopulistische Argumentations- und Agitationsstrategien der Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Unterstützer/innen Vorschub leisten. Stattdessen kreist die sich zunehmend radikalisierende Debatte fast ausschließlich um die Frage, welchen Anteil Opfer der Gewalt an dieser bedrohlichen Entwicklung haben. Zunehmend müssen Flüchtlinge ihre schiere Anwesenheit und Unterstützer/innen ihren Einsatz für Menschen in Not rechtfertigen.

Die vorliegende Veröffentlichung fragt in ihrem ersten Teil nach den Gründen für diese verschobene Debatte und versucht, Wege aus der Defensive aufzuzeigen, in die Flüchtlinge und ihre Unterstützer/innen geraten sind. Im zweiten Teil der Broschüre werden dann den gängigsten Parolen und Vorurteilen gegen Flüchtlinge korrigierende Daten und Fakten gegenübergestellt. Zusammen zielen beide Teile darauf ab darauf ab, in der so genannten „Flüchtlingsdebatte“ insbesondere diejenigen sprachfähig zu machen, die sich haupt- und ehrenamtlich für Flüchtlinge und für das Grundrecht auf Asyl einsetzen.

Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Debatte um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Drei Befunde zur aktuellen gesellschaftlichen Situation, in der über die Integration und Aufnahme von Flüchtlingen diskutiert wird, müssen der folgenden Betrachtung vorangestellt werden:

Befund I

Die Frage der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen spaltet die Gesellschaft wie kein anderes Thema. Im August dieses Jahres waren laut einer repräsentativen Befragung von infratest dimap

- > 51 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass Deutschland wegen der Flüchtlingszuwanderung wirtschaftlich stärker werden würde. 45 Prozent widersprachen dieser Auffassung.
- > 56 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass Deutschland wegen der Flüchtlingszuwanderung im positiven Sinne „bunter“ würde. 40 Prozent widersprachen dieser Auffassung.

- > 51 Prozent der Bevölkerung der Meinung, das deutsche Bildungs- und Sozialsystem werde durch die Flüchtlingszuwanderung zu stark belastet. 45 Prozent widersprachen dieser Auffassung.
- > 58 Prozent der Bevölkerung die Meinung, dass es in Deutschland aufgrund der Flüchtlingszuwanderung perspektivisch mehr Terroranschläge geben werde. 38 Prozent widersprachen dieser Auffassung.

Trotz dieser bedenklichen Polarisierung dürfen drei ermutigende Tatsachen nicht aus den Augen verloren werden:

1. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bekennt sich trotz aller Sorgen und Befürchtungen zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen. Eine entsprechende moralische Verpflichtung bejahen bei einer repräsentativen infratest dimap-Umfrage im Auftrag des HR im Mai 2016 über 71 Prozent der Befragten.

2. Wichtige und reichweitenstarke zivilgesellschaftliche Akteure wie z.B. die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie Sportverbände stehen – obwohl sich in ihrer Mitgliederstruktur die gesellschaftliche Polarität abbildet – in Wort und Tat klar, eindeutig und aktiv hinter der dem Projekt der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.
3. Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement für Flüchtlinge ist ungebrochen. Das zeigt eindrücklich eine im Juli 2016 erschienene Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) zum Thema „Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland.

Und so strittig dieses Engagement in der gesellschaftlichen Diskussion immer wieder gestellt wird, so klar ist – trotz vieler Reibungspunkte in der Praxis – das Bekenntnis, die Anerkennung und Wertschätzung, die es durch staatliche Stellen und Strukturen grundsätzlich erfährt.

Befund II

Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist das Thema, mit dem rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen mobilisieren und Anschlussfähigkeit an die gesellschaftliche Mitte herstellen.

Diese Strategie ist angesichts der auch in der Mitte der Gesellschaft beherrschten Ressentiments und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen gleichermaßen nachvollziehbar wie offenkundig erfolgreich.

Deutlich wird dies exemplarisch an dem von infratest dimap erarbeiteten „Wahlmonitor“ für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016:

- > Danach gaben 52 Prozent der Wähler/innen, die ihre Stimme der „Alternative für Deutschland“ (AfD) gegeben haben, in einer Wahltagsbefragung an, für sie sei die „Flüchtlingsfrage“ im Wahlkampf zentral gewesen. Zum Vergleich: Nur für 20 Prozent aller Wähler/innen stand die „Flüchtlingsfrage“ im Mittelpunkt des Wahlkampfes.
- > 86 Prozent der AfD-Wähler/innen in Mecklenburg-Vorpommern (gegenüber 47 Prozent aller Wähler/innen) gaben an, dass ihnen die Zahl der Flüchtlinge Angst macht und 83 Prozent der AfD-Wähler/innen (gegenüber 46 Prozent aller Wähler/innen) vertraten die Auffassung, für Flüchtlinge werde mehr getan als für die einheimische Bevölkerung.
- > Entsprechend erklärten 100 Prozent des AfD-Wahl-Klientel seine/ihre Wahlentscheidung u.a. damit, dass die AfD „den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen begrenzen will“.

Befund III

Die Gruppe der „Flüchtlingsgegner“ ist heterogen und sehr verschieden motiviert.

Diese Unterschiedlichkeit muss bei der Suche nach Handlungsoptionen in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung unbedingt reflektiert werden. Vereinfacht gesagt rekrutiert sich die Gruppe der „Flüchtlingsgegner“ aus zwei sehr unterschiedlichen Fraktionen:

Fraktion der Besorgten

- > Menschen mit einer „flüchtlingskritischen Position“, denen die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung aus welchen konkreten Gründen auch immer Sorgen bereitet und/oder die sich sozial abgehängt und – auch gegenüber Flüchtlingen – sozial benachteiligt fühlen. Die „Fraktion der Besorgten“ verschließt sich sachlichen Argumenten nicht grundsätzlich.

Fraktion der Flüchtlingsfeinde

Menschen mit einer explizit „flüchtlingsfeindlichen Haltung“, die sich aus fest verankerten rassistischen Ressentiments und/oder aus ebenso gefestigten Ängsten speist. Die „Fraktion der Flüchtlingsfeinde“ ist sachlichen Argumenten nicht zugänglich und sucht statt dessen – gänzlich unabhängig von der Substanz – nach der Bestätigung ihrer Position.

Im Folgenden nimmt Hauptthese I auf die „Fraktion der Flüchtlingsfeinde“ Bezug, Hauptthese II auf die „Fraktion der Besorgten“.

Hauptthese I

Wir müssen unser Engagement für Flüchtlinge gegenüber niemandem erklären, rechtfertigen oder legitimieren.

Aus guten Gründen ist Hilfeleistung in der Bundesrepublik Deutschland zulässig, gewünscht und geachtet, unterlassene Hilfeleistung dagegen strafbewährt. Solidarität braucht keine Rechtfertigung! Mit dem Einsatz für Flüchtlinge stehen Menschen für Werte und Rechte ein, die nicht nur in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Grundgesetz verankert sind, sondern denen sich auch das sogenannte „Abendland“ verpflichtet fühlt – gleich ob mit dem Vorsatz „christlich“ oder „christlich-jüdisch“.

Nicht diejenigen, die diese Werte mit Leben erfüllen, müssen sich also erklären, sondern diejenigen, die behaupten, dass diese Werte in der Flüchtlingsfrage – was für ein Bild angesichts der traurigen Wirklichkeit – über Bord geworfen werden müssen, um das „Abendland“ zu retten.

Hauptthese II

Wir sollten es trotzdem tun – und brauchen dabei die Unterstützung der Politik!

Die „Fraktion der Besorgten“ ist diejenige, um die sich zu bemühen grundsätzlich erfolgreich sein kann. Zwei einschlägige „Strategien“, die – wenn sie sich aufeinander beziehen – zielführend sein können, sollen nachfolgend kurz skizziert werden:

- › Die erste Strategie ist es „Fakten an die Stelle von Vorurteilen“ zu setzen. Das gelingt durch die Organisation von Begegnungen und durch die Aufbereitung und Verbreitung von sachlichen Informationen. Diese Strategie kann nur Erfolg haben, wenn wir dabei die jeweilige Zielgruppe im Auge behalten und sowohl die „Darreichungsform“ als auch die Kanäle, über die wir Informationen kommunizieren, an ihr ausrichten.

Im zweiten Teil dieser Veröffentlichung findet sich eine Vielzahl von Daten und Fakten, die vor Ort in Debatten, die auf Versachlichung abzielen, hilfreich und nützlich sein können.

- › Die zweite Strategie ist eine, die nur mittelbar in unserer Hand liegt und von denen umgesetzt werden muss, die politische Verantwortung tragen: Flüchtlinge werfen seit Herbst 2015 täglich neu Fragen auf, die über viele

Jahrzehnte vernachlässigt wurden: Wie viel Staat brauchen wir? Was muss er im Bereich der Daseinsvorsorge (z.B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnen, Verwaltung und innere Sicherheit) leisten? Und was kann und will er demgegenüber tatsächlich leisten? Flüchtlinge stellen diese Fragen indirekt und stellvertretend auch für andere benachteiligte Gruppen in unserer Gesellschaft, deren Stimmen in der Vergangenheit vielfach überhört wurden: Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Obdachlose, chronisch kranke Menschen, Armutsgefährdete...

Die mit der Zuwanderung von Flüchtlingen verbundenen Herausforderungen und sozialen Fragen müssen deshalb – wenn gesellschaftliche Akzeptanz erreicht und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt werden soll – im Rahmen eines umfassenderen Politikansatzes bearbeitet und beantwortet werden, der den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit für alle in den Mittelpunkt stellt. Denn nicht nur Flüchtlinge wollen und brauchen eine funktionierende Verwaltung, bezahlbaren Wohnraum, effektiven Schutz vor Straftaten und ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, sondern alle Bürger/innen.

Im Folgenden soll in insgesamt vier weiteren Thesen näher auf die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, insbesondere aber auf die Hürden eingegangen werden, auf die wir in unserem Bemühen um eine Versachlichung der Debatte um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen stoßen bzw. die wir uns möglicherweise selbst ungewollt in den Weg stellen.

These I

Die Versachlichung der Debatte über Flüchtlinge ist schwerer als ihre „Verunsachlichung“

Genau so wie an den sogenannten „Stammtischen“ – die mittlerweile auch in gutbürgerlichen Restaurants und der gehobenen Gastronomie ihren Platz haben – ist es auch in den neuen Medien und insbesondere in den sozialen Netzwerken offensichtlich wesentlich leichter, Gerüchte und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen weiter zu verbreiten als sie zu entkräften. Das liegt weniger an den Kommunikationswegen als an denen, die diese Kommunikationswege nutzen. Wie der Stammtisch werden die Foren, Blogs und sozialen Netzwerke im Internet zuallererst besucht und bedient, um Bestätigung und Bestärkung zu erfahren und nicht, um sich umfassend zu informieren. Wer einmal erlebt hat, mit welcher Dynamik, Geschwindigkeit und Selbstverständlichkeit sich Meldungen z.B. über vermeintliche oder tatsächliche Straftaten von Flüchtlingen in den sozialen Netzwerken fast endemisch verbreiten, weiß was gemeint ist: Es ist fast unmöglich, diese Meldungen ggf. zu widerlegen, mit sachlichen Informationen zu flankieren oder in einen Gesamtkontext einzuordnen. Widerspruch und Sachlichkeit haben, so scheint es, keine Konjunktur, wenn es um Flüchtlinge geht.

Die Gründe hierfür sind so vielschichtig, dass an dieser Stelle – bis auf eine Ausnahme – bei der Beschreibung der Tatsache Halt gemacht werden soll.

Die Ausnahme

In einem bemerkenswerten Aufsatz mit dem Titel „Angst will überleben!“ (Die Zeit Nr. 22/2016 vom 19. Mai 2016) beschäftigt sich der österreichische Autor Clemens Setz mit der aktuellen Flüchtlingsdebatte in Österreich und Deutschland. Dabei setzt er sich u.a. auch mit dem Phänomen der affirmativen Wahrnehmung auseinander:

„Angst ist, wie Gott, unwiderlegbar. Sie ist der Endpunkt jeder Diskussion. Man kann einem Menschen ja nicht beweisen, dass er eigentlich gar keine Angst hat. Noch kann man ihm mit Argumenten klarmachen, dass Angst zu haben unnötig ist. (...) Ich glaube, Menschen, die aufgrund ihrer Angst wählen, (...) wählen ein Szenario, in dem ihre Angst bestehen bleiben darf. Sie haben ja bereits viel in sie investiert. Angst will überleben, um jeden Preis.“

Er schließt diesen Teilaspekt seiner Überlegungen mit einer Frage und einer Antwort ab, die bei der Wahl der Zielgruppen für Aufklärungs- und Versachlichungsarbeit, aber auch für Politiker/innen wichtig ist, die vor allem in Wahlkämpfen gerne die „Sorgen und Ängste“ der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen:

„Soll man die unguuten Gefühle, die jemanden plagen, ernst nehmen? Auch solche, die offen rassistisch, homophob oder grenzwertig geisteskrank sind? Nein, ich glaube nicht.“

These II

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in die „Diskursfalle“ tappen

Wir müssen als Akteur/innen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen vermeiden, mit unserer Argumentation „versehentlich“ Unterstellungen als Gegeben zu akzeptieren und damit ungewollt zu bestärken. Auch auf diese „Diskursfalle“ weist Clemens Setz in seinem Aufsatz hin. Zur Verdeutlichung rekurriert er auf den Antisemitismus in Deutschland ab dem Jahr 1933 und auf Sebastian Haffners Autobiografie „Geschichte eines Deutschen“:

„Haffner hält darin fest, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt im Jahr 1933 plötzlich alle möglichen liberalen, anständigen Menschen in seiner Umgebung anfangen, darauf hinzuweisen, unter den Juden seien doch sehr viele Philosophen, Künstler und Wissenschaftler. Das, so Haffner, sei der eigentliche Skandal gewesen. Man habe die antisemitische Hetze dadurch plötzlich ernst genommen und damit sozusagen als irgendwie berechtigten Einwand eingeschleust, anstatt sie als völlig lächerlich und absurd abzutun. Statt über die ‚Antisemitenfrage‘ zu diskutieren, diskutierte man über die ‚Judenfrage‘.“

Wann immer wir also Vorurteilen und Ressentiments gegenüber Flüchtlingen mit dem Argument entgegentreten, dass es „auch andere“ gibt oder wenn wir von der „großen Mehrheit“ oder von „99,5 Prozent“ sprechen, die

„friedlich“, „freundlich“ oder „gut“ sind, ist die „Diskursfalle nicht weit weg und tragen wir ungewollt möglicherweise dazu bei, dass statt der eigentlich dringlichen „Rassistenfrage“ die „Flüchtlingsfrage“ diskutiert wird und „Täter und Opfer“ vertauscht werden.

These III

Raus aus der Defensive: Unsere Argumente dürfen uns nicht „einholen“

Wir müssen unsere Position mit weniger Kleinmut und mehr Selbstbewusstsein in die gesellschaftliche Debatte einbringen, damit uns unsere Argumente nicht einholen. Zur Verdeutlichung: Der gängige Hinweis darauf, dass ein überragend großer Teil der Menschen, die wegen Krieg, Krisen und existenzieller Bedrohung dazu gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, nicht in Deutschland, sondern im eigenen Land oder in angrenzenden Staaten Schutz sucht, ist berechtigt, richtig, wichtig, angebracht.. und gefährlich, wenn wir in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in der Defensive bleiben. Denn – dass gehört zur Wahrheit – dieser Hinweis trifft für das vergangene Jahr so nicht zu:

Die Zahl der Flüchtlinge ist im Laufe des Jahres 2015 laut UNHCR von 59,5 Millionen auf 65,3 Millionen angestiegen. Im gleichen Zeitraum hat die Bundesrepublik zwischen 750.000 und 800.000 Flüchtlinge aufgenommen.

Das ist vielleicht kein „überragend“ großer Teil, aber ein sehr großer Teil. In einer Situation, in der tausende Flüchtlinge vor den Toren Europas gestorben, Hunderttausende an den Rändern Europas im Elend gestrandet waren, sich die meisten Mitgliedstaaten der EU einen Dreck um das Elend dieser Menschen gekümmert und sie statt dessen aktiv bekämpft haben... in einer solchen Situation hat Deutschland im Herbst 2015 seine Grenzen geöffnet und Schutz gewährt. Dafür müssen wir uns nicht schämen und das müssen wir gegenüber unseren Gegnern nicht kleinmütig einräumen, sondern selbstbewusst vertreten. Auch dann, wenn uns durch diesen „humanitären Ausrutscher“ des Jahres 2015 ein wichtiges Argument in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung kurzfristig verloren gegangen oder mindestens geschwächt worden ist.

These IV

Raus aus der Defensive:

Wir dürfen mit unseren Argumenten nicht die Flüchtlinge der Zukunft belasten

In der aktuellen Debatte um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen argumentieren wir immer wieder damit, dass ihre übergroße Mehrheit aus (Bürger-)Kriegsländern (insbesondere aus Syrien, Afghanistan und dem Irak) kommt. Damit sind zwei Konsequenzen verbunden, denen man sich wenigstens bewusst sein muss:

- > Erstens: Wir unterstützen damit implizit die in der Debatte weit verbreitete Trennung zwischen sogenannten „Armutsflüchtlingen“ und sogenannten „Kriegsflüchtlingen“, die es in der Realität so nicht gibt.
- > Zweitens: Wir machen uns gewollt oder ungewollt die Lesart zueigen, dass die einen zu Recht hierherkommen dürfen und die anderen nicht.

Wir werden die Argumentation mit den „guten Gründen“ der Schutzsuchenden in der nahen Zukunft nicht durchhalten können, wenn wir nicht gleichzeitig offensiv in Frage stellen, ob tatsächlich ausschließlich Krieg und Verfolgung „gute Gründe“ sind und einen Schutzanspruch begründen können. Warum nicht? Ein Blick auf die Herkunftsländer der vergleichsweise wenigen Flüchtlinge, die seit dem Türkei-EU-Abkommen und der Schließung der Balkan-Route noch nach Europa kommen und zumeist über Italien einreisen, genügt, um diese Frage zu beantworten. 21 Prozent der zwischen Januar bis Ende Oktober 2016 insgesamt ca. 160.000 Flüchtlinge, die laut UNHCR über das Mittelmeer kommend in Italien angelandet sind, waren Nigerianer/innen. Es folgen als weitere Hauptherkunftsländer Eritrea, Sudan, die Elfenbeinküste, Guinea, Somalia, Mali und der Senegal. Alle anderen Herkunftsländer machen insgesamt nur 5 Prozent aus. Es liegt auf der Hand, dass bei diesem „Herkunftsländer-Portfolio“ auch andere Motivationen als „nur“ die Flucht vor Krieg und Gewalt in den Blick genommen werden müssen. Hierzu gehören auch Gründe, die in der laufenden Debatte sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ zugeschrieben werden: Extreme Armut und der Verlust der Existenzgrundlage.

Ohne eine lange Globalisierungsdebatte lostreten zu wollen: Wir – und damit meine ich die Staaten und Gesellschaften, in denen wir leben und in denen bislang nur ein kleinerer Teil der Flüchtlinge ein besseres Leben sucht – machen uns frei nach Pipi Langstumpf die Welt, wie sie uns gefällt... und also so, dass wir zu den Gewinnern der Globalisierung gehören. Das hat der „Globalisierungsreport 2016“ der Bertelsmann Stiftung kürzlich sehr deutlich gezeigt. Danach haben die Volkswirtschaften der Industrieländer – insbesondere Japan, Deutschland, die Schweiz und Finnland – in den letzten Jahren die größten globalisierungsbedingten Zugewinne erzielen können. Und andere Akteure insbesondere in den Ländern des Südens eben nicht.

Unsere Art, im globalen Kontext zu produzieren und zu handeln, produziert Gewinner/innen und Verlierer/innen. Anders gesagt: Wie und wo wir fischen, wo wir investieren oder unser Kapital kurzfristig wieder abziehen, welche Märkte wir öffnen, welche Emissionen wir zulassen oder begrenzen: all das hat unmittelbare oder mittelbare – Stichwort Klimawandel – Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen vieler Menschen auch in den Ländern, aus denen Flüchtlinge kommen... vielfach negative Auswirkungen.

Zu glauben, dass wir im Zuge der Globalisierung dauerhaft den Fluss von Waren, Kapital und Dienstleistungen zum eigenen Vorteil entgrenzen und zugleich die Mobilität der Menschen, die hierunter leiden, begrenzen können, ist gleichermaßen gewagt wie moralisch zweifelhaft. Die Zahl der Menschen, die sich primär nicht wegen gewaltsamer Konflikte oder politi-

scher Verfolgung auf den Weg machen, sondern deshalb, weil sie – genau wie der Esel, der Hund, die Katze und der Hahn bei den Bremer Stadtmusikanten – glauben, etwas besseres als den Tod überall zu finden, steigt und wird in der Zukunft weiter steigen. Wir sollten mit unserer Argumentation heute nicht dazu beitragen, dass diese Menschen, wenn sie es denn bis zu uns schaffen, künftig im Regen stehen gelassen und dem Furor der „Wirtschaftsflüchtlingsfraktion“ überlassen werden.

Wir brauchen deshalb in der laufenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung dringend mehr Mut und weniger Kleinmut bei der Verteidigung anderer als der „klassischen“ Fluchtursachen „Krieg“ und „politische Verfolgung“ und bei der Einforderung von effektiven Schutzmechanismen für diese Menschen, die – auch mit unserem Zutun – als „Wirtschaftsflüchtlinge“ stigmatisiert werden.

Diese letzte These leitet über zu einem Ausblick, in dem abschließend kurz zwei aktuelle Entwicklungen beschrieben und daraus erforderliche Konsequenzen für die laufende Debatte abgeleitet werden sollen.

Ausblick I

Einwanderungspolitik nicht zur Kontrolle der „Fluchtmigration“ instrumentalisieren – Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz!

Die Einwanderungspolitik wird im politischen Handeln zunehmend als Instrument verstanden, mit dem ungewollte Fluchtmigration kontrolliert und unterbunden werden kann. So ist z.B. die 2015 zeitgleich mit der Einstufung als „sichere Herkunftsländer“ erfolgte vorsichtige Öffnung des Arbeitsmarktes für Staatsangehörige aus den Westbalkanstaaten zu deuten. Diese Regelung

- > schließt ehemalige Asylsuchende aus diesen Ländern faktisch aus und
- > ist im Umfang so unerheblich, dass sie nichts zur Lösung der demografischen Herausforderung Deutschlands beiträgt und auch nicht den Migrationsdruck in den Westbalkanländern verringert.

Die Unterordnung der Einwanderungspolitik unter das Ziel der Kontrolle von Fluchtbewegungen wird auch auf der Ebene der Europäischen Union sichtbar. Dort führt die EU-Kommission aktuell Gespräche und Verhandlungen mit Herkunfts- und Transitländern von Flüchtlingen (Libyen, Äthiopien, Eritrea, Somalia und Sudan), in denen sie als Belohnung für die effektive Kontrolle von Fluchtbewegungen sogenannte „Migrationspartnerschaften“ in Aussicht stellt. Mit diesen Migrationspartnerschaften verbunden sind dann Migrationserleichterungen z.B. für Hochqualifizierte oder Studierende

und die Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Instrumentalisierung für einen „höheren Zweck“ verhindert, dass die Einwanderungspolitik den Herausforderungen der demografischen Entwicklung und dem sich abzeichnenden Mangel an Erwerbspersonen durch ein Einwanderungsgesetz angemessen Rechnung trägt. Um die Dimension dieser Herausforderung aufzuzeigen: Ohne Einwanderung wird das Erwerbspersonenpotential in Deutschland bis zum Jahr 2050 – so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – von aktuell ca. 45,5 Millionen auf unter 30 Millionen Menschen zurückgehen. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz aber nicht nur, um dieser Entwicklung, die die wirtschaftliche Stabilität bedroht, entgegenzuwirken, sondern auch aus einem weiteren Grund: Neben dem individuellen Grundrecht auf Asyl, das in dieser Hinsicht dringend weiterentwickelt werden muss, brauchen wir ein zusätzliches rechtliches Instrument, das aktuelle und zukünftige Migrations- und Fluchtursachen aufgreift und mit den eigenen ökonomischen und sonstigen Interessen in Einklang bringt.

Ausblick II

Die Lehre aus der Vergangenheit: Mehr Flüchtlinge aufnehmen!

Das Zurückgehen der Flüchtlingszahlen in Deutschland und Europa ist nicht Ausdruck einer Verbesserung der Lebenssituation und Perspektiven von Flüchtlingen in ihren Herkunfts- oder Transitländern. Sie ist vielmehr das

Ergebnis des massiven Ausbaus der Festung Europa und der tiefen Einschnitte in das deutsche Flüchtlingsrecht im vergangenen und in diesem Jahr. Denn gut 14 Monate nach dem „Sommer des Willkommens“ und der kurzzeitigen Öffnung der deutschen Grenze für Mittelmeerflüchtlinge im September 2015

- > sind mindestens 5.200 Flüchtlinge – und damit so viele wie niemals zuvor – bei der Überfahrt über das Mittelmeer ertrunken.
- > sind seit der Schließung der Balkan-Route mehr als 60.000 Mittelmeerflüchtlinge in Griechenland gestrandet, wo es kein funktionierendes Asylsystem gibt und an menschenwürdigen Unterkünften, an Nahrungsmitteln und medizinischer Basisversorgung für Flüchtlinge mangelt.
- > hindert die Türkei im Auftrag der EU Flüchtlinge aus Syrien an der Einreise in die Türkei und an ihrer Weiterflucht aus der Türkei in die EU.
- > werden die etwa 160.000 Flüchtlinge, die in diesem Jahr die Überfahrt nach Italien überlebt haben, dort in menschenunwürdigen Aufnahmeeinrichtungen festgesetzt oder mit einer Abschiebeandrohung in die Obdach- und Mittellosigkeit entlassen.

Während die Bedrängnis der Flüchtlinge vor den Toren und an den Rändern Europas heute also nicht kleiner ist als vor einem Jahr und die Ursachen von Flucht und Vertreibung unverändert fortbestehen, baut die Bundesrepublik ihre Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge zurück und gibt Kanzlerin Merkel

den Unionsabgeordneten mit auf den Weg, sie könnten ihren Wählerinnen und Wählern versprechen, dass „so etwas wie 2015 sich nicht wiederholen wird.“ Gleichzeitig räumte sie kürzlich in einem Interview ein, es sei ein schwerer Fehler der Vergangenheit gewesen, die Länder an den EU-Außengrenzen zu lange alleine gelassen und froh gewesen zu sein, dass vorrangig andere Staaten die Herausforderungen der Flüchtlingsausnahme zu bewältigen hatten.

Die Tatsache, dass die Bundesrepublik

- > statt der im September 2015 auf EU-Ebene zugesagten 10.327 Schutzsuchenden aus Italien und 17.209 Schutzsuchenden aus Griechenland bis Oktober 2016 lediglich 20 Flüchtlinge aus Italien und 196 Flüchtlinge aus Griechenland aufgenommen und
- > im Rahmen des Türkei-EU-Abkommens vom März 2016 bis Juli 2016 nur 437 von insgesamt mehr als 2,7 Millionen syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge in der Türkei übernommen hat, spricht nicht dafür, dass aus den Fehlern der Vergangenheit die richtigen Schlüsse gezogen worden sind.

Damals wie heute richtig – und ungehört – ist die Forderung nicht nur von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen wie PRO ASYL, sondern auch von UNHCR nach umfassenden Aufnahme-Programmen für Flüchtlinge.

Nicht der Abbau von Aufnahmekapazitäten wird der Herausforderung von weltweit 65,3 Millionen Flüchtlingen gerecht, sondern die Öffnung legaler Zugangswege durch die kontrollierte Aufnahme größerer Zahlen von Flüchtlingen aus Krisenregionen (Resettlement) und die Übernahme größerer Zahlen von Flüchtlingen aus den Staaten an den Außengrenzen der Europäischen Union (Relocation).

Wir haben die hierfür erforderlichen Aufnahmekapazitäten und eine seit Sommer 2015 ungebrochen große Bereitschaft ehrenamtlicher Unterstützer/innen zum Engagement für Flüchtlinge.

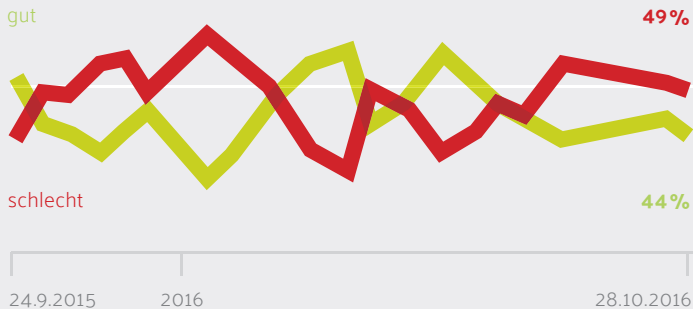
Befund: Die konstant polarisierte Gesellschaft

Seit im September 2015 die Grenze für die auf der „Balkan-Route“ gestrandeten Flüchtlinge von der Bundesregierung geöffnet wurde, halten sich Zustimmung und Ablehnung zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in etwa die Waage. Die anfangs leicht überwiegende Zustimmung schlug im Umfeld der Berichterstattung über Eigentumsdelikte und sexu-

alisierte Gewalt während der Silvesternacht ins Gegenteil um. Erst nach Schließung der „Balkan-Route“ im März 2016 und massiven Verschärfungen des Asylrechts im 1. Halbjahr 2016 stehen die Bundesbürger/innen der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wieder mehrheitlich positiv gegenüber.

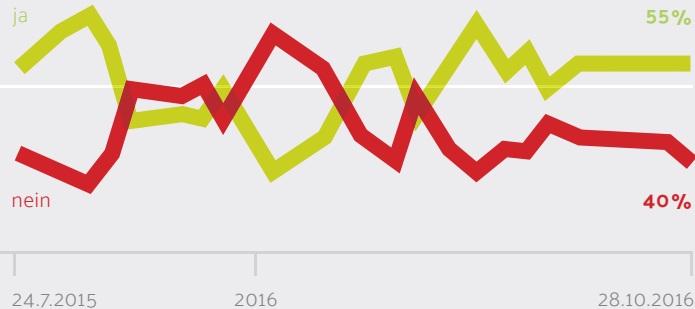
Zustimmung zur Flüchtlingspolitik seit Sep. 2015

Kanzlerin Merkel macht ihre Arbeit im Bereich Flüchtlinge und Asyl eher



Flüchtlinge als Gefahr? Einschätzungen seit Juli 2015

Kann Deutschland die vielen Flüchtlinge verkraften?

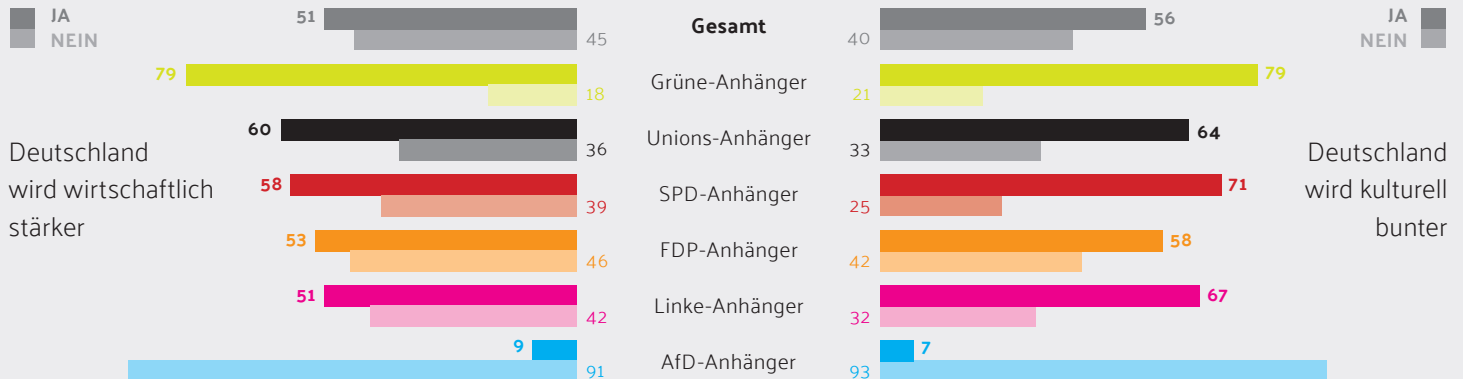


Weiterhin: „Besorgte Zustimmung“ bei zunehmender Polarisierung

Diese aktuell grundsätzlich positive Einstellung und Erwartungshaltung äußert sich u.a. darin, dass die Mehrheit der Bundesbürger/innen glaubt, Deutschland werde durch die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen wirtschaftlich stärker und kulturell vielfältiger. Diese Überzeugung

teilt die (teils knappe) Mehrheit der Anhänger/innen aller im Bundestag vertretenen Parteien und der FDP. Einzig die Anhänger/innen der AfD lehnen diese Überzeugung nahezu ausnahmslos ab.

Wie verändert Merkels Flüchtlingspolitik Deutschland?

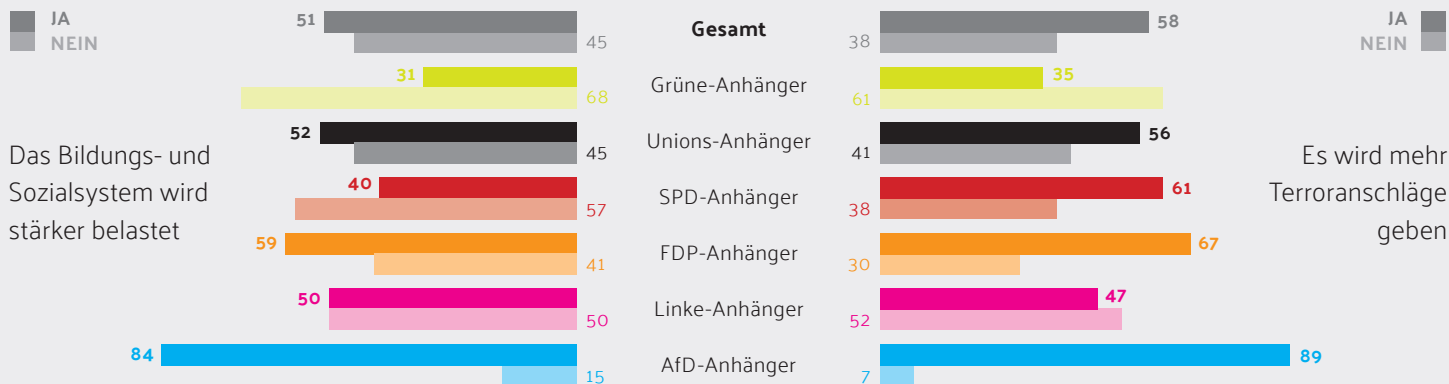


Gleichzeitig: (Große) Sorgen und Befürchtungen

Mehrheitlich sind die Bundesbürger/innen zugleich davon überzeugt, dass die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge zu Belastungen für das Bildungs- und Sozialsystem führen und die Gefahr von Terroranschlägen steigen wird.

Während sich für diese Positionen bei den Anhänger/innen aller im Bundestag vertretenen Parteien und der FDP zumeist nur knappe Mehrheiten erzielen lassen, sind jeweils deutlich über 80 Prozent der Anhänger/innen der AfD dieser Auffassung.

Wie verändert Merkels Flüchtlingspolitik Deutschland?



Ungebrochenes Engagement für Flüchtlinge

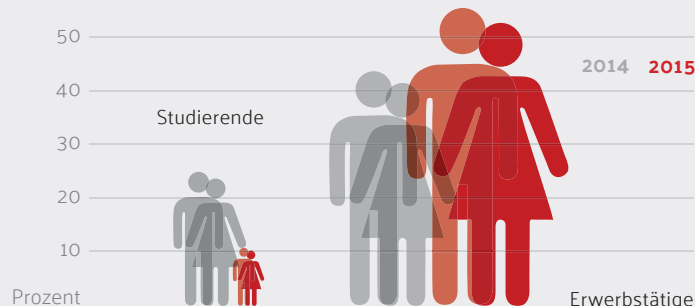
Der „Sommer des Willkommens“ 2015 war für viele ehrenamtliche Flüchtlingshelfer/innen der Startpunkt für ihr Engagement. Anfangs waren es vorwiegend junge Leute und viele Studierende, die aktiv wurden. Inzwischen

gleichen sich die Struktur der ehrenamtlichen Helfer/innen und der Gesamtbevölkerung an. Immer mehr Erwerbstätige und immer mehr ältere Menschen unterstützen Flüchtlinge. Gleichzeitig nimmt die Intensität des individuellen Engagements zu.

Beginn des Engagements



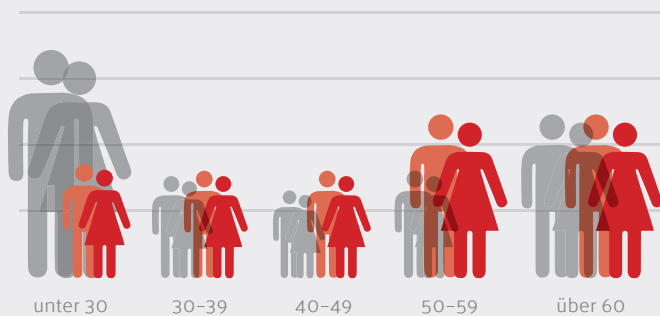
Normalisierung I: Mehr Erwerbstätige



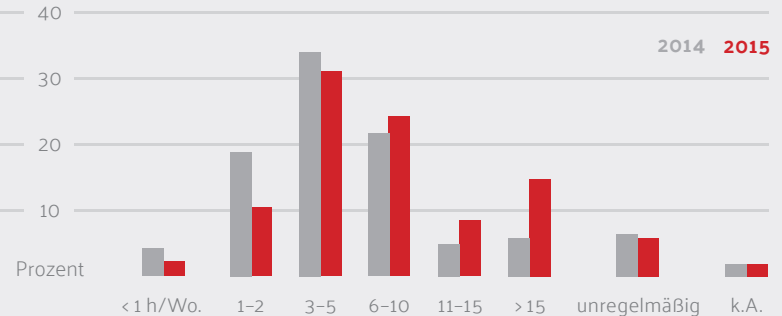
Quelle: „**Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland**“ – Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) vom Juli 2016 (EFA II) – Nachfolgestudie zu EFA I aus dem Jahr 2015

Ungebrochenes Engagement für Flüchtlinge

Normalisierung II: Mehr ältere Menschen



Einsatzzeiten nehmen zu



Quelle: „**Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland**“ – Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) vom Juli 2016 (EFA II) – Nachfolgestudie zu EFA I aus dem Jahr 2015

Weitere Befunde der Studie

- › Drei Viertel der ehrenamtlich Engagierten sind Frauen, bei unter 50-jährigen sogar über 80 Prozent.
- › Über zwei Drittel der ehrenamtlich Engagierten sind entweder unter 30 oder über 50 Jahre alt.
- › Das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge verbleibt in Millionenstädten auf hohem Niveau, geht in den sonstigen Großstädten zurück und steigt in kleinen Kommunen und Kleinstädten stark an.
- › 67 Prozent der ehrenamtlich Engagierten geben an, nicht frustriert zu sein, fast drei Viertel sagen, sie seien von ihrem ehrenamtlichen Einsatz erfüllt, nur ein Drittel der Befragten glaubt, dass Deutschland mit der Flüchtlingsaufnahme überfordert ist.

Fazit:

Hohes Potential für eine nachhaltige und dauerhafte ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit.

Rekordjahr 2015: Mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht

Ende 2015 waren insgesamt 65,3 Millionen Menschen wegen Krieg, Krisen und Gewalt dazu gezwungen, als Flüchtlinge, Binnenvertriebene oder Asyl-suchende Schutz und Sicherheit zu suchen. Das sind 5,8 Millionen Menschen mehr als noch Ende 2014.

„Wer heutzutage ein Flüchtling wird, hat schlechtere Chancen in seine Heimat zurückzukehren als zu jedem anderen Zeitpunkt in den letzten 30 Jahren.“

(United Nations High Commissioner for Refugees am 18. Dezember 2015)

Individuals Forcibly Displaced Worldwide

If the 65.3 million forcibly displaced persons worldwide were a nation, they would make up the 21st large nation in the world.

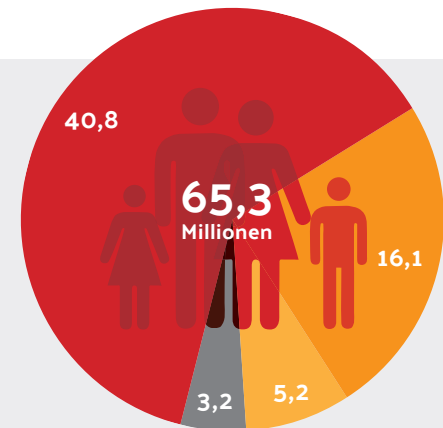
40.8 million internally displaced persons

21.3 million persons were refugees:

16.1 million under UNHCR's mandate

5.2 million Palestinian refugees registered by UNRWA

3.2 million asylum-seekers



Behauptung: „Die kommen alle zu uns!“

Tatsache: 86 Prozent bleiben „krisennah“

Wussten Sie,

dass 40,8 Millionen der weltweit 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht als Binnenvertriebene Schutz und Sicherheit im eigenen Land suchen?

dass nur 3,2 Millionen Flüchtlinge weltweit bis Ende 2015 einen Asylantrag gestellt und Schutz und Sicherheit in einem Industrieland gesucht haben?

dass mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge in der Welt (54 Prozent) aus drei Staaten Syrien, Afghanistan und Somalia kommen?

dass von den insgesamt fast 12 Millionen Syrer/innen auf der Flucht aktuell 6,5 Mio. als Vertriebene im eigenen Land Schutz suchen und sich 2,7 Mio. in der Türkei, 900.000 Million im Libanon, 600.000 in Jordanien und 200.000 im Irak aufhalten?

dass vom Januar 2011 bis September 2016 „nur“ etwa 1,2 Millionen Syrerinnen und Syrer einen Asylantrag in Europa gestellt haben?

86 Prozent der weltweit über die eigenen Landesgrenzen hinaus geflohenen Personen sucht Schutz und Sicherheit in den weniger entwickelten Staaten in unmittelbarer Nähe ihres Herkunftslandes.

Wussten Sie außerdem,

dass unter den Ländern mit den meisten Flüchtlingen im Verhältnis zur Bevölkerung nur zwei europäische Länder unter den Top 10 (Platz 9 und 10) vertreten sind und die Bundesrepublik Deutschland nicht dazugehört? Malta und Schweden sind die „bestplatzierten“ EU-Staaten in dieser Liste.

dass die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie alle 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht aufnehmen würde, genau die Bevölkerungsdichte der Niederlande hätte?

dass im letzten Jahr Minute für Minute im Schnitt 24 Menschen (täglich ca. 34.000 Menschen) dazu gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen? Im Jahr 2005 waren es „erst“ 6 Menschen pro Minute oder 8.640 Menschen pro Tag.

dass statistisch gesehen damit jeder 113. Mensch auf der Erde auf der Flucht ist?

Die Entwicklung in Deutschland und Europa ist ein Spiegelbild der weltweit dramatisch gestiegenen Flüchtlingszahlen.

Exkurs: Der Sommer des Willkommens

Weltweit sind im Jahr 2015 laut UNHCR ca. 12,4 Millionen Menschen zu Flüchtlingen, Binnenvertriebenen oder Asyl-suchenden geworden. Die absolute Zahl stieg von 59,5 auf 65,3 Millionen Menschen.

Im gleichen Zeitraum hat Deutschland ca. 750.000 bis 800.000 in die Europäische Union geflüchtete Schutz-suchende aufgenommen, weil andere EU-Staaten ihre Aufnahme verweigert haben.

Rechnerisch hat Deutschland über 6 Prozent der 12,4 Millionen Menschen aufgenommen, die 2015 ihre Heimat verlassen mussten und ca. 13 Prozent des weltweiten „Flüchtlings-Zuwachses“ (59,5 Mio. Ende 2014 und 65,3 Mio. Ende 2015) Schutz gewährt.



Kaum noch Flüchtlinge über Griechenland

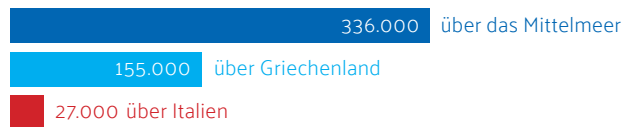
1,8 Millionen Schutzsuchende sind 2015 laut Schätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auf dem Land- oder dem Seeweg in die Europäische Union gekommen, davon etwa 1 Million über das Mittelmeer. (Schätzung UNHCR)

Wege der Flüchtlinge in die EU 2015



Wege der Flüchtlinge in die EU bis 11/2016

Januar – April



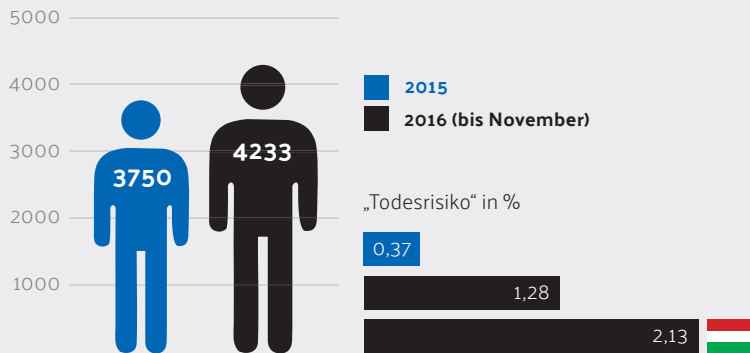
Mai – Oktober



Seit der Schließung der Balkan-Route durch das Türkei-EU-Abkommen im Frühjahr 2016 kommen nur noch sehr wenige Flüchtlinge über den Seeweg nach Griechenland. Stattdessen nimmt die Mehrzahl der insgesamt deutlich weniger werdenden Flüchtlinge die sehr viel gefährlichere Mittelmeerpassage von Nordafrika nach Italien auf sich.“

Erhöhtes Todesrisiko bei der Flucht über das Mittelmeer

Tote Flüchtlinge auf dem Mittelmeer



2015

1 von 269 Flüchtlingen starb bei der Überfahrt

2016 (bis 11/2016)

1 von 78 Flüchtlingen starb bei der Überfahrt

1 von 47 Flüchtlingen starb auf der Passage nach Italien

- > **sehr hohe Dunkelziffer**
- > **zunehmendes Todesrisiko**

Herkunftsländer der Mittelmeerflüchtlinge 2015 – 10/2016

Herkunftsländer der Mittelmeerflüchtlinge

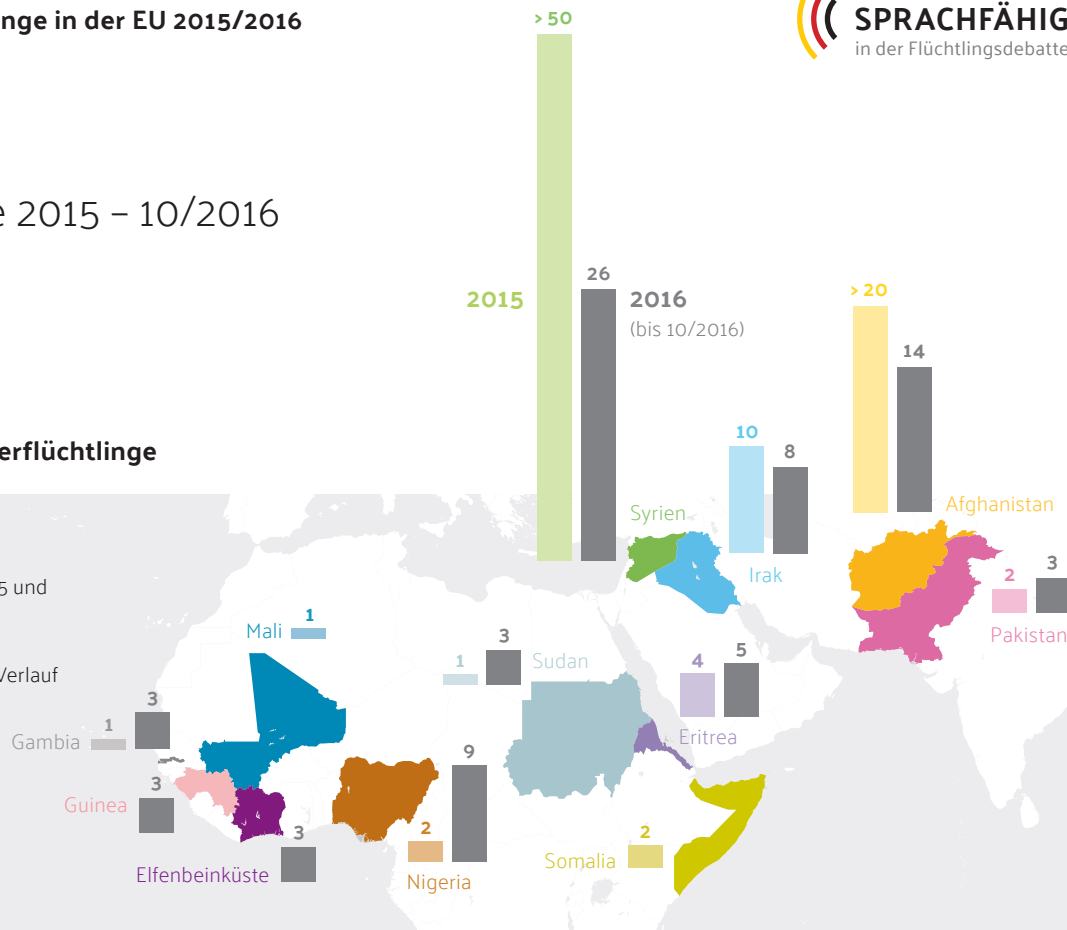
84 Prozent

der Mittelmeerflüchtlinge des Jahres 2015 und

58 Prozent

der Mittelmeerflüchtlinge im bisherigen Verlauf des Jahres 2016

kamen laut UNHCR aus den „Top-Ten der flüchtlingsproduzierenden Länder“.



Behauptung: „Die wollen alle zu uns!“

Tatsache: Die müssen da weg!

UNHCR-Befragung von syrischen und afghanischen Flüchtlingen, die im Januar 2016 nach Griechenland gekommen sind.

Syrische Flüchtlinge

85 Prozent

waren vor ihrer Flucht aus Syrien
in der Binnenvertreibung.

34 Prozent

hielten sich vor ihrer Flucht nach Griechenland
für mehr als sechs Monate (durchschnittlich für
30 Monate) in einem krisennahen Drittland auf
(Türkei, Libanon, Jordanien, Irak, Ägypten) – etwa
die Hälfte von ihnen ohne legalen Aufenthalt.

Gründe der Weiterflucht aus einem krisennahen Drittstaat

41 % Keine Lebensunterhaltsicherung durch Arbeit möglich

16 % Diskriminierungserfahrungen

9 % Keine Bildungschancen

8 % Angestrebte Familienzusammenführung

Behauptung: „Die wollen alle zu uns!“

Tatsache: Die müssen da weg!

UNHCR-Befragung von syrischen und afghanischen Flüchtlingen, die im Januar 2016 nach Griechenland gekommen sind.

Afghanische Flüchtlinge

55 Prozent

waren vor ihrer Flucht aus Afghanistan in der Binnenvertreibung.

45 Prozent

hielten sich vor ihrer Flucht nach Griechenland für mehr als sechs Monate (durchschnittlich für 30 Monate) in einem krisennahen Drittland auf (Iran, Pakistan, Türkei) – etwa zwei Drittel von ihnen ohne legalen Aufenthalt.

Gründe der Weiterflucht aus einem krisennahen Drittstaat

25 % Angst vor Ausweisung

17 % Keine Lebensunterhaltssicherung durch Arbeit möglich

15 % Diskriminierungserfahrung

10 % Keine Bildungschancen



Exkurs: Warum nicht „krisennah?“

Fehlende internationale Solidarität

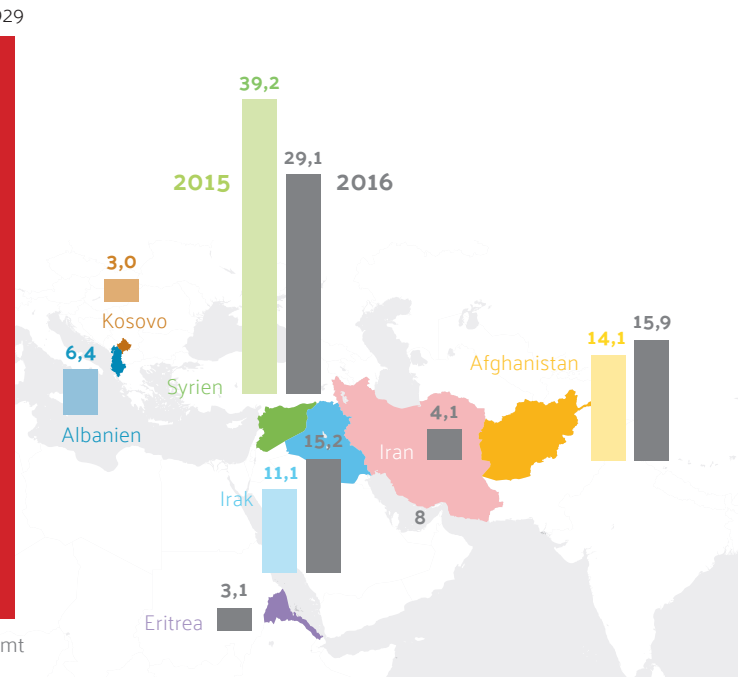
- > Das **World Food Programm** (WFP) verfügte Ende Dezember 2015 nur über 58 Prozent des notwendigen Bedarfs, um mehr als vier Millionen Syrer im Land und rund 1,4 Millionen Flüchtlinge in den Nachbarländern mit Nottationen und Ernährungshilfen zu unterstützen → Senkung der monatlichen Lebensmittelrationen und Einstellung der Versorgung z.B. in Flüchtlingslagern in der Türkei.
- > **UNHCR** standen Ende Dezember 2015 nur 43 Prozent der zur Versorgung der Flüchtlinge in Syrien benötigten Mittel zur Verfügung. Für die Versorgung der Menschen in den Nachbarländern Syriens war bis Anfang erst Dezember gut die Hälfte (58 Prozent) der benötigten Mittel eingegangen;
- > **20. Mai 2016:** Laut einem Bericht des britischen „Guardian“ wurden von den Mitglieder der Syrien-Geber-Konferenz bislang nur ein Sechstel der zugesagten Mittel tatsächlich bereitgestellt. (...)
- > **19. August 2016:** Der deutsche Bundesentwicklungsminister Gerd Müller kritisiert die Teilnehmer der Syrien-Geberkonferenz in London. Nur ein Teil der dort gegebenen Versprechen sei eingelöst worden. Deutschland übernehme die Hälfte der Versorgung von syrischen Flüchtlingen mit Nahrungsmitteln in der Region. „Kommen die anderen Geber ihren Versprechen nicht nach, kann jederzeit eine neue Massenflucht Richtung Europa einsetzen.“
(Quelle: Zeit online vom 13. August 2016)

Bei der Londoner Geberkonferenz waren im Februar 2016 Zusagen von rund neun Milliarden Euro gemacht worden.

Einreisen von Flüchtlingen nach Deutschland 2015/2016 (bis 10/2016)

Einreisen von Flüchtlingen werden zunächst von den zuständigen Behörden im sogenannten EASY-System registriert. Für das Jahr 2015 waren im EASY-System Ende 2015 insgesamt 1.091.894 neu eingereiste Flüchtlinge registriert.

In einer Pressemitteilung vom 30. September 2016 teilte das Bundesinnenministerium mit, dass im Jahr 2015 nach aktuellem Kenntnisstand „nur“ 890.000 Flüchtlinge nach Deutschland eingereist sind. Die Abweichung erkläre sich durch Mehrfachregistrierungen einzelner Flüchtlinge im EASY-System und durch im EASY-System nicht registrierte Aus- und Weiterreisen von Flüchtlingen. Hinweis: Die Bundesagentur für Arbeit ging schon Mitte März 2016 davon aus, dass im Jahr 2015 „nur“ ca. 750.000 Flüchtlinge eingereist und in Deutschland geblieben sind!



Behauptung: „Wirtschaftsflüchtlinge!“

Tatsache: Krieg und Verfolgung in den Herkunftsländern

Syrien

Bürgerkrieg seit 2011; insgesamt ca. 300.000 Tote (2015: 55.000 Tote, darunter 21.000 Zivilisten und knapp 2.570 Kinder); im Juni 2016: 11 – 12 Millionen Flüchtlinge (ca. 5 Millionen) und Binnenvertriebene (ca. 7 Mio.)

Irak

Erklärung der UN-Einrichtungen im Irak im Dezember 2015: „Gewöhnliche Iraker leiden weiterhin unter schweren Menschenrechtsverletzungen. Viele tausend fallen Verbrechen des Islamischen Staates zum Opfer, Millionen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Viele leben in absoluter Unsicherheit und können ihre Grundbedürfnisse nach Sicherheit, Bildung, Nahrung und medizinischer Versorgung nicht befriedigen.“

Afghanistan

Mindestens 1.601 tote und 3.565 verletzte Zivilisten im 1. Halbjahr 2016. Seit 2009 mindestens 22.924 tote und 40.978 verletzte zivilisten. Seit 2012 ist die Zahl der Opfer auch in vormals „sicheren“ Gebieten deutlich gestiegen.

Auszug aus einem vertraulichen Bericht der EU-Kommission

(März 2016): „The main push factors are: a deteriorating security situation with record levels of terrorist attacks and civilian casualties (over 11.000 civilian casualties recorded in 2015), compounded by a deteriorating economic situation. Both are likely to grow stronger. (...) Due to the deteriorating situation in Afghanistan, as well as pressure on Afghans in Pakistan and Iran, there is a high risk of further migratory flows to Europe.“

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der

Bundestags-Fraktion DIE LINKE (April 2016): „Nach hiesigen Erkenntnissen besteht in ganz Afghanistan eine abstrakte Gefahr von Attentaten, denen auch Zivilisten zum Opfer fallen können.“

Behauptung: „Wirtschaftsflüchtlinge!“

Tatsache: Krieg und Verfolgung in den Herkunftsländern

Eritrea

Langjährige Militärdiktatur. UN-Bericht aus dem Sommer 2015: Tötungen, willkürliche Verhaftungen, Folter und Vergewaltigungen. Männer und Frauen zwischen 18 und 50 können jederzeit und unbefristet zum Militärdienst eingezogen werden. Schießbefehl auf Flüchtlinge an der Grenze. Laut UN-Schätzungen entscheiden sich trotzdem monatlich 5.000 Menschen zur Flucht.

Gambia

(Militär-)Diktatur unter Yahya Jammeh seit 1994. Politische Gegner werden nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen vom Geheimdienst inhaftiert, gefoltert und ermordet. 2008 forderte Jammeh alle Homosexuellen dazu auf, Gambia innerhalb von 24 Stunden zu verlassen. Er drohte, sie andernfalls zu köpfen. 2013 führte er die Vier-Tage-Woche für Beamte ein, damit sie mehr Zeit haben, ihm zu huldigen.

Nigeria

Seit 2009 etwa 15.000 Opfer von „Boko Haram“ im Nordosten des Landes und etwa 2 Millionen Menschen, die vor dem islamistischen Terror fliehen müssen. Die meisten von ihnen bleiben dauerhaft in der Binnenvertreibung.

Somalia


Bürgerkriegsland ohne Staatsgewalt. Rivalisierende Clans bekämpfen sich seit Jahrzehnten und ermöglichten damit den Aufstieg von „al-Shabaab“. Trotz Präsenz internationaler Truppen weiterhin beständig Anschläge und Angriffe. Mehr als 1,1 Millionen Somalier/innen sind deshalb außer Landes geflohen.


Westbalkanstaaten

Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Vertreibung, keine Registrierung als Staatsbürger, keine Gesundheitsversorgung und die Ausgrenzung von Kindern aus dem Schulsystem – das ist nach der Analyse der Europäischen Kommission der Alltag vieler Roma in den Staaten des westlichen Balkans.

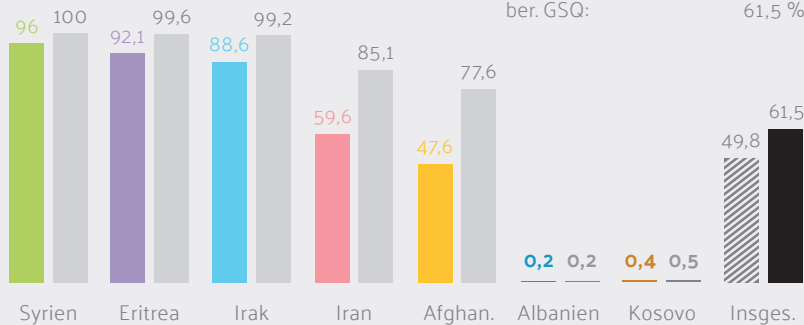
Behauptung: „Die bekommen eh kein Asyl!“ Tatsache: Hohe Anerkennungsquoten

Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge 2015 / 2016

 **GSQ (Gesamtschutzquote):** Verhältnis zwischen allen Asylentscheidungen des BAMF (inkl. formale Erledigung z.B. wg. Nichtzuständigkeit aufgrund der „Dublin-Regelung“) und der Zuerkennung eines Schutzstatus.

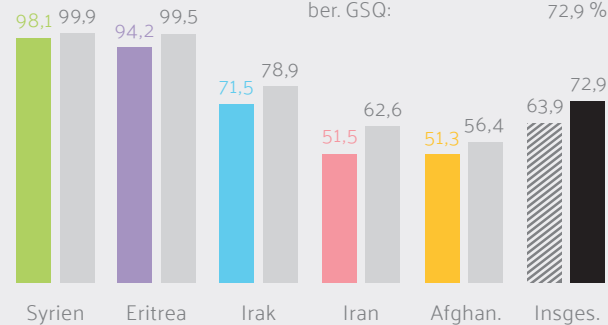
 **ber. GSQ (bereinigte Gesamtschutzquote):** Verhältnis zwischen inhaltlichen Asylentscheidungen des BAMF und der Zuerkennung eines Schutzstatus.

Entscheidungen des BAMF 2015



Insgesamt: 282.726 100 %
GSQ: 142.944 49,8 %
ber. GSQ: 61,5 %

2016 (bis 10/2016)



Insgesamt: 530.034 100 %
GSQ: 338.897 63,9 %
ber. GSQ: 72,9 %

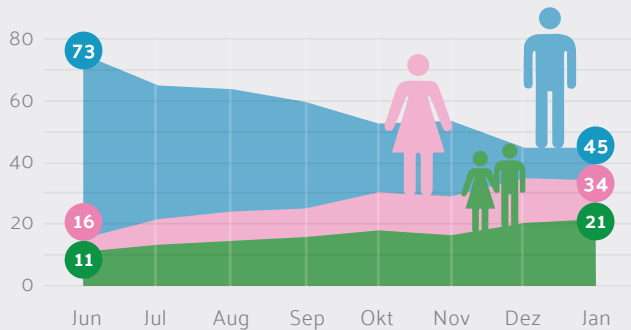
Behauptung: „Das sind nur Männer!“ Tatsache: Die Familien flüchten

Fast die Hälfte der Mittelmeerflüchtlinge in diesem und im vergangenen Jahr waren Frauen und Kinder. Das gilt insbesondere für die Flüchtlinge, die über die Türkei nach Griechenland gekommen sind. Weil allein reisende

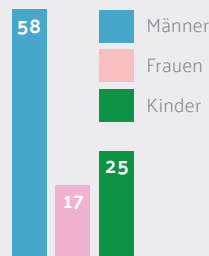
Flüchtlinge fast keine Möglichkeit dazu haben, ihre Familienangehörigen später nachzuholen, machen sich inzwischen viele Familien gemeinsam auf den gefährlichen Weg.“

Mittelmeerflüchtlinge nach Geschlecht

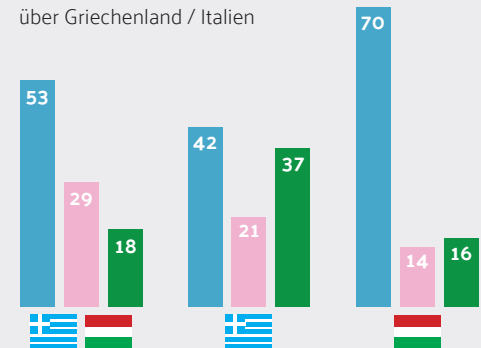
Griechenland Juni 2015 – 16. Januar 2016 (UNCHR)



Einreisen 2015
gesamt



Einreisen 2016 (bis 10/2016)
über Griechenland / Italien



Behauptung: „Kommt einer, kommen alle!“

„Allein durch den „Familiennachzug“ könnten aus den „920.000 Asylbewerbern in den nächsten drei Monaten“ aufgrund eines „Familienfaktors von vier bis acht Personen (...) bis zu 7,36 Millionen Asylberechtigte werden.“

BILD-Bericht zu einem „Geheim-Papier“ aus dem BMI vom 5. Oktober 2015

Tatsache: Familiennachzug ist eher die Ausnahme als die Regel

Von Januar 2015 bis Oktober 2016 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt ca. **253.000** syrischen Flüchtlingen einen Schutzstatus zuerkannt, der zum Familiennachzug ohne Wartezeit berechtigt. In dem gleichen Zeitraum haben deutsche Auslandsvertretungen in der

Region um Syrien insgesamt **45.259** Visa für den Familiennachzug zu syrischen Schutzberechtigten vergeben. Seit März 2016 ist der der Familiennachzug zu Flüchtlingen, denen nur ein sogenannter „subsidiärer Schutz“ zuerkannt wurde, per Gesetz für zwei Jahre ausgesetzt.

Aktuelle Wartezeiten auf einen Termin zur Beantragung des Visums für den Familiennachzug in Monaten (Stand Oktober 2016)



Behauptung: „Denen geht es besser als uns!“

Tatsache: Gesetzliche Einschränkung des Existenzminimums

Das Asylgesetz (AsylG) verpflichtet Asylsuchende dazu, bis zu sechs Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu verbleiben. Erst danach werden sie auf die Kommunen umverteilt. Einige Flüchtlinge, z.B. Asylsuchende aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ müssen unbefristet bis zum

Ende ihres Asylverfahrens in einer Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben. Asylsuchende erhalten gegenüber der sogenannten „Grundsicherung“ abgesenkte Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Leistungen nach AsylbLG in der Erstaufnahmeeinrichtung



Physisches Existenzminimum (immer als Sachleistungen)

Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits-/Körperpflege, Gebrauchs-/Verbrauchsgüter



Soziokulturelles Existenzminimum (immer als Geldleistung)

140,- Euro Taschengeld (kann bei „Fehlverhalten“ bis auf 0 Euro gekürzt werden)



Medizinische Versorgung

beschränkt auf akute Erkrankungen und Schmerzlinderung



Residenzpflicht

Zuständigkeitsbereich i.d.R. der ABH darf nicht verlassen werden



Schonvermögen in Höhe von 200 Euro

muss vor Leistungsbezug aufgebraucht sein

Behauptung: „Denen geht es besser als uns!“

Tatsache: Gesetzliche Einschränkung des Existenzminimums

Leistungen nach AsylbLG nach Umverteilung in die Kommune



① ②

Physisches Existenzminimum (Wert ca. 200 Euro)

wird in der Regel als Sachleistung, kann aber auch als Geldleistung erbracht werden.

① ②

Soziokulturelles Existenzminimum (immer als Geldleistung)

140,- Euro Taschengeld (kann bei „Fehlverhalten“ bis auf 0 Euro gekürzt werden)



Medizinische Versorgung

beschränkt auf akute Erkrankungen und Schmerzlinderung



Leistungen analog zu SGB XII > Grundsicherung

in der Regel nach 15 Monaten

Behauptung: „Die nehmen uns die Arbeit weg!“ Tatsache: Fehlendes „Erwerbspersonenpotential“

„Konstantes Erwerbspersonenpotential ist Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand“
(Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB))

Konstantes Erwerbspersonenpotential und dafür erforderliche Wanderungssalden

	Szenario mit normal steigenden Erwebsquoten		Szenario mit extrem steigenden Erwebsquoten	
	EPP*	WS**	EPP*	WS**
2014	45.711.000		45.711.000	
2015 – 2025	45.731.000	450	45.731.000	450
2026 – 2035	45.280.000	600	46.182.000	300
2036 – 2050	45.345.000	300	45.841.000	300
2015 – 2050	45.445.000	533	45.902.000	346

*EPP = Durchschnittliches Erwerbspersonenpotential
**WS = Durchschnittlicher Wanderungssaldo

Bei konstanten Erwerbsquoten geht das Erwerbspersonenpotential in Deutschland ohne weitere Zuwanderung bis zum Jahr 2050 um mehr als 36 Prozent zurück (von derzeit 45,5 Mio. Menschen auf unter 30 Mio. Menschen).

**Zuwanderungsbedarf bis 2050:
300.000 – 600.000 Personen/Jahr**

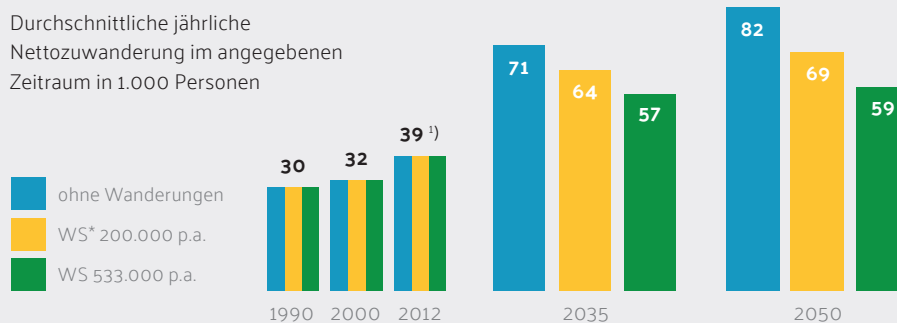
Behauptung: „Die nehmen uns die Arbeit weg!“ Tatsache: Fehlendes „Erwerbspersonenpotential“

„Konstantes Erwerbspersonenpotential ist Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand“
(Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB))

Bevölkerung älter als 65 in Relation zu Erwerbspersonenpotential im Alter von 20 – 64 (modifizierter Altenquotient ¹⁾)

Szenarien mit unterschiedlichen Wanderungsannahmen

Durchschnittliche jährliche
Nettozuwanderung im angegebenen
Zeitraum in 1.000 Personen



¹⁾ Lesebeispiel:
2012 kamen 39 Menschen ab 65 Jahren auf 100
Arbeitskräfte des Erwerbspersonenpotentials
zwischen 20 und 64 Jahren.

Behauptung: „Die sind unqualifiziert!“ Tatsache: Jung und ausbildungsfähig

„Die Analyse zeigt, dass – anders als in vielen Gerüchten verbreitet – das Gros der syrischen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, gut für eine Berufsausbildung vorbereitet ist und Berufsqualifikationen mitbringt, an die in Deutschland angeknüpft werden könnte.“
(Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), „Fachkraft, oder nicht? Studie zur Bildung von syrischen Flüchtlingen“)

Repräsentative Befragung von 2.300 Asylsuchenden zu ihrer beruflichen Qualifikation*:

73 % waren vor dem Zuzug nach Deutschland erwerbstätig, im Durchschnitt 6,4 Jahre lang.

58 % haben in ihren Herkunftsländern zehn Jahre und mehr in Schule, Ausbildung und Studium verbracht.

37 % besuchten eine weiterführende Schule

31 % besuchten eine Mittelschule

31 % besuchten Hochschulen / berufliche Bildungseinrichtungen

19 % erreichten dort einen Abschluss





































10 % besuchten eine Grundschule

9 % besuchten gar keine Schule

> **Uneinheitliches Bildungs- und Qualifikationsprofil, aber hohes Bildungspotential**

*Quelle: Studie des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, November 2016

Asylerstanträge nach Altersgruppen und Geschlecht 2015

Altersgruppen	Asylerstanträge insges.	männliche Antragsteller	weibliche Antragsteller	Prozentuale Anteile
Insgesamt	441.899 = 100,0 %	305.584 = 100,0 %	136.315 = 100,0 %	69,2 % 30,8 %
bis 16 Jahre	117.008 26,5 	64.475 21,1 	52.533 38,5 	55,1 44,9
16 – 18 Jahre	20.471 4,6 	16.253 5,3 	4.218 3,1 	79,4 20,6
18 – 25 Jahre	109.672 24,8 	88.121 28,8 	21.551 15,8 	80,3 19,7
25 – 30 Jahre	67.258 15,2 	50.828 16,6 	16.430 12,1 	75,6 24,4
30 – 35 Jahre	46.698 10,6 	32.923 10,8 	13.775 10,1 	70,5 29,5
35 – 40 Jahre	31.239 7,1 	21.216 6,9 	10.023 7,4 	67,9 32,1
40 – 45 Jahre	20.194 4,6 	13.704 4,5 	6.490 4,8 	67,9 32,1
45 – 50 Jahre	12.848 2,9 	8.557 2,8 	4.291 3,1 	66,6 33,4
50 – 55 Jahre	7.489 1,7 	4.711 1,5 	2.778 2,0 	62,9 37,1
55 – 60 Jahre	4.245 1,0 	2.386 0,8 	1.859 1,4 	56,2 43,8
60 – 65 Jahre	2.382 0,5 	1.294 0,4 	1.088 0,8 	54,3 45,7
über 65 Jahre	2.395 0,5 	1.116 0,4 	1.279 0,9 	46,6 53,4

73,0 % der Asylsuchenden waren 2015 im erwerbsfähigen Alter zwischen 16 und 65 Jahren, **71,1 %** waren jünger als 30 Jahre.

Altersgruppen	Asylerstanträge insges.		männliche Antragsteller		weibliche Antragsteller		Prozentuale Anteile	
Insgesamt	468.762 = 100,0 %		313.008 = 100,0 %		155.754 = 100,0 %		66,8 %	33,2 %
bis 4 Jahre	42.983	9,2	22.193	7,1	20.790	13,3	51,6	48,4
4 – 6 Jahre	18.017	3,8	9.577	3,1	8.440	5,4	53,2	46,8
6 – 11 Jahre	40.112	8,6	21.750	6,9	18.362	11,8	54,2	45,8
11 – 16 Jahre	35.497	7,6	22.489	7,2	13.008	8,4	63,4	36,6
16 – 18 Jahre	29.449	6,3	24.053	7,7	5.396	3,5	81,7	18,3
18 – 25 Jahre	112.762	24,1	86.574	27,7	26.188	16,8	76,8	23,2
25 – 30 Jahre	66.462	14,2	47.645	15,2	18.817	12,1	71,7	28,3
30 – 35 Jahre	44.954	9,6	30.060	9,6	14.894	9,6	66,9	33,1
35 – 40 Jahre	29.705	6,3	19.231	6,1	10.474	6,7	64,7	35,3
40 – 45 Jahre	18.509	3,9	11.872	3,8	6.637	4,3	64,1	35,9
45 – 50 Jahre	12.588	2,7	7.816	2,5	4.772	3,1	62,1	37,9
50 – 55 Jahre	7.725	1,6	4.491	1,4	3.234	2,1	58,1	41,9
55 – 60 Jahre	4.646	1,0	2.568	0,8	2.078	1,3	55,3	44,7
60 – 65 Jahre	2.804	0,6	1.524	0,5	1.280	0,8	54,4	45,6
über 65 Jahre	2.549	0,5	1.165	0,4	1.384	0,9	45,7	54,3

70,3 % der Asylsuchenden waren 2016 im erwerbsfähigen Alter zwischen 16 und 65 Jahren. **73,7 %** waren jünger als 30 Jahre.

Behauptung: „Die haben alle Smartphones!“ Tatsache: (Fast) alle Flüchtlinge haben Smartphones!

Vor der Flucht:

Erinnerung an Familie/Freunde/Orte festhalten und mitnehmen
Identitätsdokumente / asylrelevante Unterlagen sichern

Auf der Flucht:

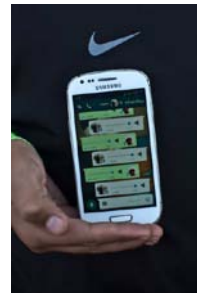
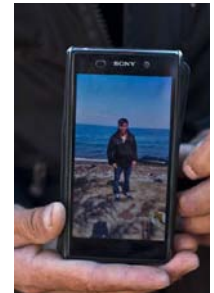
Kontakt mit der Familie und Wegbegleitern auf der Flucht (Skype, WhatsApp, andere kostenlose Apps)
Fluchtgruppen organisieren (Facebook etc.)
Fluchtwege identifizieren (Welche Grenze ist offen?)
Standort ermitteln (GPS)
(Schlimme) Erfahrungen in Transitstaaten dokumentieren

Nach der Flucht:

Kontakt (Brücke ins Herkunftsland und zu „Fluchtfreunden“)
Sprache lernen / (Asylrelevante) Informationen einholen
Zerstreuung (Spiele/Musik ...)
Jobsuche / Wohnungssuche ...

In der Regel:

Kostenlose Apps; Flatrates oder Freies W-LAN.



Behauptung: „Die sind kriminell!“

Tatsache: Keine signifikant höhere Kriminalitätsrate

Stark steigende Zahl von Asylsuchenden – „moderater“ Anstieg von Straftaten

Während sich die Zahl der Asyl-antragsteller von 2012 auf 2015 mehr als versechsfacht hat, ist die Zahl tatverdächtiger Asylbewerber laut Polizeilicher Kriminalstatistik im gleichen Zeitraum „nur“ von 17.651 auf 83.737 angestiegen. (+374,4 Prozent)

(Migration und Kriminalität aktuelle kriminalstatistische Befunde, Juli 2016)

Delikte <i>(ohne Verstöße gegen Ausländerrecht)</i>	2012	2015	Steigerung
Alle Delikte	17.651	83.737	+ 374,4
Ladendiebstahl	5.474	32.682	+ 570,1
Beförderungerschleichung	2.710	15.146	+ 458,9
Einfache Körperverletzung	2.598	13.076	+ 405,1
Gefährliche/schwere Körperverletzung	1.757	9.106	+ 418,3
Raub/räuberische Erpressung	506	2.391	+ 372,5
Vergewaltigung und sexuelle Nötigung	155	397	+ 156,1
Straftaten gegen das Leben (einschl. Versuche)	52	221	+ 325,0

„Die Entwicklung der monatlichen Fallzahlen war (im 1. Halbjahr 2016) deutlich rückläufig. Die signifikantesten Rückgänge waren bei Diebstahlsdelikten, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sowie Vermögens- und Fälschungsdelikten zu verzeichnen.“

(Bundeskriminalamt: Kernaussagen „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“, 1.Halbjahr 2016)

Steigerungsraten seit 2012 (bis 11/2016)



Behauptung: „Die sind kriminell!“

Tatsache: Angriffe gegen Flüchtlinge nehmen stark zu!

Während die Zahl der Asylsuchenden seit 2012 bis 2015 stärker angestiegen ist als die Zahl der von ihnen begangenen Straftaten, hat sich die Zahl der Straftaten gegen Flüchtlinge, ihre Unterkünfte und Unterstützer/innen vom Jahr 2013 (69 Straftaten) bis zum Jahr 2015 (1.029 Straftaten) mehr als verdreizehntfacht. Die Gewalt gegen Asylsuchende ist damit deutlich stärker angestiegen als ihre Zahl. Im laufenden Jahr wurden die Zahlen des Vorjahres schon bis September 2016 noch einmal deutlich „übertroffen“.

Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die LINKE zum Thema „Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte“ gab es im Zeitraum Januar bis September 2016 insgesamt:

Straftaten* gegenüber Asylsuchenden in den Jahren 2013 – 2015

(Propagandadelikte, Sachbeschädigungen, Gewaltdelikte – inkl. Brandstiftungen und Sprengstoffexplosionen)



813 Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe gegen Asylunterkünfte;

1803 Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe gegen Asylbewerber/innen und Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkünfte

142 Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe gegen Hilfsorganisationen und ehrenamtliche/freiwillige Helfer/innen.

Herausgegeben von:

Diakonie Hessen
Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
Förderverein PRO Asyl e.V.
Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

V.i.S.d.P.:

Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP
Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz

migration@zgv.info
www.ini-migration.de

Layout:

Jörg Pelka, allergutendinge

Erscheinungsort:

Mainz im November 2016